



S & T System Integration & Technology Distribution AG
Wien, FN 47292 y (in Folge auch Gesellschaft)

Beschlussvorschläge zur
19. ordentliche Hauptversammlung
19. Mai 2010

- 1. Vorlage des Jahresabschlusses samt Lagebericht und Corporate Governance-Bericht, des Konzernabschlusses samt Konzernlagebericht, des Vorschlags für die Ergebnisverwendung und des vom Aufsichtsrat erstatteten Berichts für das Geschäftsjahr 2009**

Eine Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt ist nicht erforderlich.

- 2. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzergebnisses**

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Gesellschaft schlagen vor: Da das Bilanzergebnis EUR 0,-- beträgt, erübrigt sich ein Beschlussvorschlag und eine Beschlussfassung der Hauptversammlung.

- 3. Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2009**

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Gesellschaft schlagen vor, die Entlastung der im Geschäftsjahr 2009 amtierenden Mitglieder des Vorstands für diesen Zeitraum zu erteilen.

- 4. Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2009**

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Gesellschaft schlagen vor, die Entlastung der im Geschäftsjahr 2009 amtierenden Mitglieder des Aufsichtsrats für diesen Zeitraum zu beschließen.

- 5. Beschlussfassung über die Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats**

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Gesellschaft schlagen vor, die Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats für den Zeitraum o.HV 2010 - o. HV 2011 wie folgt festzusetzen:

- Für den Vorsitzenden des Aufsichtsrats EUR 12.000,--,

- für jedes Mitglied des Aufsichtsrats EUR 10.000,--,
- für jedes an einem Ausschuss teilnehmende Mitglied pro Ausschusssitzung EUR 1.000,--.

6. Wahl des Abschlussprüfers und Konzernabschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2010

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die **PwC Wirtschaftsprüfung GmbH, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, 1030 Wien, Erdbergstrasse 200**, zum Abschlussprüfer und zum Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 zu bestellen.

7. Beschlussfassung über die Änderung der Satzung, insbesondere zur Anpassung an geänderte gesetzliche Bestimmungen - Aktienrechts-Änderungsgesetz 2009

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Gesellschaft haben sich mit den geänderten gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere mit dem Aktienrechts-Änderungsgesetz 2009, befasst.

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Gesellschaft schlagen vor, die Änderung der Satzung in den §§ II. (Gegenstand des Unternehmens), III. (Dauer und Geschäftsjahr der Gesellschaft), IV. (Veröffentlichungen), V. (Grundkapital, Aktien), VII. (Aufsichtsrat), VIII. (Innere Ordnung des Aufsichtsrates), IX. (Hauptversammlung), X. (Abschlussprüfer), XI. (Jahresabschluss, Gewinnverteilung, Entlastung) und XII. (Bilanzgewinn) gemäß Beilage, in welcher die vorgeschlagenen Änderungen ersichtlich sind, zu beschließen. Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen dienen zur Anpassung der Satzung an geänderte gesetzliche Bestimmungen, insbesondere an das Aktienrechts-Änderungsgesetz 2009 (AktRÄG 2009) und an das Unternehmensgesetzbuch (UGB), beinhaltet aber auch Änderungen, die nach Meinung des Aufsichtsrats notwendig oder nützlich sind.

8. Beschlussfassung über die ab 01.11.2010 bis 31.10.2012 gültige Ermächtigung des Vorstands zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs 1 Z 8 AktG bis zu maximal 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft

Die Möglichkeit des Rückkaufs eigener Aktien und die Veräußerung eigener Aktien über eine andere Art als die Börse ist für die Gesellschaft vor allem im Zusammenhang mit der Wachstumsstrategie der Gesellschaft, aber auch der Eingehung strategischer Beteiligungen im Interesse der Gesellschaft.

Daher schlagen der Vorstand und der Aufsichtsrat der Gesellschaft vor, den Vorstand zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs. 1 Z8 AktG im gesetzlichen Ausmaß zu einem niedrigsten Gegenwert von EURO 1,- und zu einem höchsten Gegenwert von EURO 150,- für den beantragten Geltungszeitraum zu ermächtigen.

9. Beschlussfassung über die Ermächtigung des Vorstands gemäß § 65 Abs 1b AktG ohne weiteren Beschluss der Hauptversammlung und unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats für die Wiederveräußerung der erworbenen eigenen Aktien eine andere Art der Veräußerung als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot zu beschließen

Auf die Ausführungen zum Beschlussvorschlag zu Top. 8 der Tagesordnung wird verwiesen.

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Gesellschaft schlagen vor, den Vorstand gemäß § 65 Abs 1b AktieG zur Wiederveräußerung der erworbenen eigenen Aktien wie im Antrag beschrieben zu ermächtigen.

Beilage: Satzung unter Ersichtlichmachung der vorgeschlagenen Änderungen

S A T Z U N G

der
**S & T System Integration & Technology
Distribution AG**
mit dem Sitz in Wien

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

I.

Firma und Sitz

Die Firma der Gesellschaft lautet:-----

S & T System Integration & Technology Distribution AG

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Wien. -----

Die Gesellschaft ist berechtigt, im In- und Ausland Zweigniederlassungen zu errichten. -----

II.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist -----

- 1) Zweck der Gesellschaft ist die Investition von Vermögenswerten in Unternehmensbeteiligungen aller Art, sowohl im Inland als auch im Ausland. -----

Diese Investitionen erfolgen durch die Gründung, den sonstigen Erwerb, den Besitz, den Betrieb und die Veräußerung von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen jeder Rechtsform (Holding). -----

- 2) Der Handel mit Waren aller Art und die Vermittlung von internationalen Handelsgeschäften (Trading). ----

- 3) Systemintegration und Distribution neuer Technologien.

- 4) Die Gesellschaft ist daneben berechtigt, alle der Erreichung des Gesellschaftszweckes dienlichen Geschäfte und Tätigkeiten auszuüben. -----

Die Gesellschaft ist jedoch von Bankgeschäften im Sinne des Bankwesengesetzes ausgeschlossen. -----

Deleted: Kreditwesengesetzes

III.

Dauer und Geschäftsjahr der Gesellschaft

- 1) Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Dauer errichtet.

- 2) Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr. ▾

Deleted: erste

Deleted: der Gesellschaft hat am 1. (ersten) Jänner 1991 (neunzehnhunderteinundneunzig) begonnen und endet am 31. (einunddreißigsten) Dezember 1991 (neunzehnhunderteinundneunzig). -----

IV.

Veröffentlichungen

Veröffentlichungen der Gesellschaft erfolgen, soweit und solange auf Grund des Aktiengesetzes zwingend erforderlich im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“. Im Übrigen erfolgen Veröffentlichungen der Gesellschaft entsprechend den jeweils anzuwendenden Rechtsvorschriften. -----

Deleted: Die Veröffentlichungen der Gesellschaft erfolgen in der "WIENER ZEITUNG."

V.

Grundkapital, Aktien

- 1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 7.170.034,-- (Euro sieben Millionen einhundertstausendundvierunddreißig). Es ist in 3.585.017 (drei Millionen fünfhundertfünfundachtzigtausendundsiebzehn) Stückaktien eingeteilt, von denen jede am Grundkapital im gleichen Umfang gleich beteiligt ist. Jede Stückaktie gewährt das Recht auf eine Stimme in der Hauptversammlung der Gesellschaft. -----
- 2) Die Aktien lauten auf Inhaber. Trifft im Falle einer Kapitalerhöhung der Erhebungsbeschluss keine Bestimmung darüber, ob die Aktien auf Inhaber oder auf Namen lauten, so lauten sie ebenfalls auf Inhaber. Der Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Anteile ist ausgeschlossen. -----
- 3) Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats innerhalb von fünf Jahren ab Eintragung dieses Hauptversammlungsbeschlusses in das Firmenbuch das Grundkapital um insgesamt bis zu EUR 3,585.016,-- (drei Millionen fünfhundertfünfundachtzigtausendsechzehn) auf bis zu EUR 10,755.050,-- (zehn Millionen siebenhundertfünfundfünfzigtausendfünfzig) einmal oder in mehreren Tranchen durch Ausgabe von bis zu 1.792.508 (eine Million siebenhundertzweiundneunzigtausendfünfhundertacht) auf Inhaber lautende Stückak-

Deleted: Die Aktionäre haben keinen Anspruch auf Einzelverbriefung der Aktien.

tien teilweise oder zur Gänze auch gegen Sacheinlage, jeweils auch unter teilweise oder gänzlichem Ausschluss des Bezugsrechts der bisherigen Aktionäre zu erhöhen und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen (genehmigtes Kapital). Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen.-----

VERFASSUNG DER GESELLSCHAFT

VI.

Vorstand

- 1) Der Vorstand besteht aus einem bis zu sechs Mitgliedern.
- 2) Die Bestellung der Mitglieder des Vorstandes erfolgt durch den Aufsichtsrat, desgleichen die allfällige Bestellung eines Vorsitzenden des Vorstandes. -----
- 3) Der Vorstand führt die Geschäfte der Gesellschaft nach dem Gesetz, der Satzung, sowie der vom Aufsichtsrat für den Vorstand erlassenen Geschäftsordnung. -----
- 4) Besteht der Vorstand aus zwei Mitgliedern, so werden die Beschlüsse des Vorstands einstimmig gefasst. ---

Besteht der Vorstand aus mehr als zwei Mitgliedern, so werden die Beschlüsse des Vorstands mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.-----

Ist ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt, so steht ihm in beiden vorgenannten Fällen das Dirimierungsrecht zu. -----

Der Aufsichtsrat kann anordnen, dass ein wirksamer Vorstandsbeschluss nicht zustande kommt, wenn der Vor-

sitzende des Vorstands, bzw. bei dessen Verhinderung der stellvertretende Vorsitzende, dem Beschluss widerspricht. -----

- 5) Die Gesellschaft wird, wenn der Vorstand aus mehreren Mitgliedern besteht, durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam oder ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem Gesamtprokuristen vertreten. -----

VII.

Aufsichtsrat

- 1) Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei, höchstens zehn Mitgliedern. Die Mitglieder werden von der Hauptversammlung gewählt.-----

Wahlen in den Aufsichtsrat sowie den Widerruf der Bestellung zum Mitglied des Aufsichtsrats beschließt die Hauptversammlung mit einer Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen Stimmen. -----

Die Aufsichtsratsmitglieder werden, falls sie nicht für eine kürzere Funktionsperiode gewählt werden, für die Dauer der gesetzlich vorgesehenen Funktionsperiode bestellt. -----

Das Geschäftsjahr, in dem gewählt wird, wird nicht mitgerechnet.-----

Die Wiederwahl ist zulässig.

- 2) Jedes Aufsichtsratsmitglied kann seine Funktion unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist auch ohne wichtigen Grund durch schriftliche Anzeige an die Gesellschaft zurücklegen. -----

- 3) Scheidet ein gewähltes Aufsichtsratsmitglied vor Ablauf seiner Amtsperiode aus, so ist spätestens in der nächsten ordentlichen Hauptversammlung eine Ersatzwahl zu vollziehen. -----

Die Funktionsperiode des neu gewählten Mitgliedes endet mit dem Zeitpunkt, in welchem die Amtsdauer des ausgeschiedenen Mitgliedes abgelaufen wäre. -----

4) Der Aufsichtsrat gibt sich seine Geschäftsordnung selbst. -----

Deleted: ¶
4) Für die Funktionsperiode des ersten Aufsichtsrates gilt § 87 (Paragraph siebenundachtzig) Abs. 4 (vier) Aktiengesetz in der jeweils gültigen Fassung. -----¶

5) Der Aufsichtsrat kann durch Beschluss aus seiner Mitte Ausschüsse bilden. Ein Bilanzausschuss ist unter den Voraussetzungen des § 92 Abs 4 AktG (Paragraf zweiundneunzig Absatz vier Aktiengesetz) einzurichten. Aufgaben und Befugnisse von Ausschüssen sowie ihre allfällige Geschäftsordnung werden vom Aufsichtsrat festgelegt. Den Ausschüssen kann auch die Befugnis zu Entscheidungen übertragen werden.

Deleted: 5

Deleted: 6

6) Ein Prüfungsausschuss ist unter den Voraussetzungen des § 92 Abs 4a AktG (Paragraf zweiundneunzig Absatz vier litera a Aktiengesetz) einzurichten-----

Deleted: 7

VIII.

Innere Ordnung des Aufsichtsrates

1) Der Aufsichtsrat wählt jeweils aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter des Vorsitzenden. Ersatzwahlen für diese Funktionen sind ehestens vorzunehmen, wenn der Vorsitzende oder der Stellvertreter des Vorsitzenden aus diesen Funktionen ausscheiden. -----

Erhält bei derartigen Wahlen niemand die absolute Mehrheit, so erfolgt eine Stichwahl zwischen den Personen, die die meisten Stimmen erhalten haben. ----

2) Sitzungen des Aufsichtsrates werden durch den Vorsitzenden, bei Verhinderung desselben durch seinen Stellvertreter, schriftlich unter Bekanntgabe der Beratungsgegenstände einberufen. Schriftliche Einladungen

sind mindestens zehn Tage vor dem Zeitpunkt der Sitzung zur Post zu geben. -----

In dringenden Fällen kann die Einberufung telefonisch, per Telefax oder per E-Mail unter Wahrung einer Frist von drei Tagen vor dem Zeitpunkt der Sitzung erfolgen.

Deleted: fernschriftlich oder

3) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn Sitzungen im Sinne der vorstehenden Absätze ordnungsgemäß einberufen wurden und mindestens drei der nach dem Aktiengesetz oder der Satzung bestellten Aufsichtsratsmitglieder, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter, anwesend sind. -----

4) Beschlüsse des Aufsichtsrates bedürfen der einfachen Mehrheit der nach dem Aktiengesetz oder der Satzung bestellten bzw. gewählten anwesenden Aufsichtsratsmitglieder, sofern Gesetz oder Satzung nicht eine höhere Stimmenmehrheit vorsehen. -----

Bei Ermittlung der Mehrheit der nach dem Aktiengesetz oder der Satzung bestellten bzw. gewählten Aufsichtsratsmitglieder werden nur die abgegebenen Stimmen gezählt. Eine Stimmenthaltung gilt nicht als abgegebene Stimme. -----

5) Ein Aufsichtsratsmitglied kann für ein anderes, nicht anwesendes Mitglied des Aufsichtsrates eine schriftliche Stimmabgabe überreichen. -----

Auch kann ein abwesendes Mitglied des Aufsichtsrates ein anderes Aufsichtsratsmitglied schriftlich mit der Vertretung für die einzelne Sitzung betrauen. -----

Das vertretene Aufsichtsratsmitglied ist bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit nicht mitzuzählen. --

Die Sitzungsleitung kann dadurch jedoch nicht an einen Vertreter übertragen werden. -----

- 6) Beschlussfassungen auf schriftlichem Wege sind zulässig, wenn sie der Vorsitzende anordnet und kein Mitglied diesem Verfahren widerspricht. -----
Die Vertretung nach Absatz 5) (fünf) ist bei dieser Form der Beschlussfassung nicht zulässig. -----
- 7) Über die Beschlüsse des Aufsichtsrates ist eine Niederschrift aufzunehmen, die vom Vorsitzenden der betreffenden Sitzung zu unterfertigen ist. -----
Auf Verlangen eines Aufsichtsratsmitgliedes ist seine vom gefassten Beschluss abweichende Meinung in die Niederschrift aufzunehmen. -----
- 8) Willenserklärungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse werden vom Aufsichtsratsvorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter, vorgenommen. -----
- 9) Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten grundsätzlich nur den Ersatz der Barauslagen bei Sitzungen.
Die Hauptversammlung kann jedoch beschließen, generell oder bestimmten Mitgliedern eine Vergütung zu gewähren. -----

IX.

Hauptversammlung

- 1) Die Hauptversammlung wird durch den Vorstand oder den Aufsichtsrat einberufen. Die Einberufung ist spätestens am 28. Tag vor einer ordentlichen Hauptversammlung, ansonsten spätestens am 21. Tag vor der Hauptversammlung zu veröffentlichen. -----
- 2) Die Hauptversammlungen werden am Sitz der Gesellschaft oder einer ihrer inländischen Zweigniederlassungen oder in einer Landeshauptstadt abgehalten. -----

3) Die Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung der in der Hauptversammlung geltend zu machenden Aktionärsrechte richtet sich nach dem Anteilsbesitz am Ende des zehnten Tages (Nachweisstichtag) vor dem Tag der Hauptversammlung.-----

4) Bei depotverwahrten Inhaberaktien genügt für den Nachweis des Anteilsbesitzes am Nachweisstichtag eine Depotbestätigung gemäß § 10a AktG, die der Gesellschaft spätestens am dritten Werktag vor der Hauptversammlung unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse zugehen muss. -----

5) Nicht als Werktag, sondern als Feiertag gelten im Sinne dieser Bestimmungen auch die Samstage, der Karfreitag und der 24. (vierundzwanzigste) Dezember.-----

6) Sofern ausschließlich Zwischenscheine ausgegeben sind, sind solche Aktionäre zur Teilnahme an der Hauptversammlung ausschließlich dann berechtigt, deren Anmeldung in Textform der Gesellschaft spätestens am dritten Werktag vor der Hauptversammlung unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse zugeht.

7) Den Vorsitz in der Hauptversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder dessen Stellvertreter. -

Mangels Anwesenheit einer dieser Personen hat der zur Beurkundung beigezogene Notar die Versammlung bis zur Wahl eines Vorsitzenden zu leiten. -----

Der Vorsitzende bestimmt die Form der Ausübung des Stimmrechts und das Verfahren zur Stimmenauszählung. -

Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen und bestimmt die Reihenfolge der Redner und der Behandlung der Gegenstände der Tagesordnung.

X.

Abschlussprüfer

Der Abschlussprüfer wird in der Hauptversammlung gewählt. Der Aufsichtsrat hat einen Vorschlag für die Wahl des Abschlussprüfers zu erstatten und unverzüglich nach der Wahl mit dem gewählten Prüfer den Vertrag über die Durchführung abzuschließen und das Entgelt, das in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben des Prüfers und dem voraussichtlichen Umfang der Prüfung zu stehen hat, mit dem Prüfer zu vereinbaren. -----

XI.

Jahresabschluss, Gewinnverteilung, Entlastung

- 1) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. -----
- 2) Innerhalb der ersten fünf Monate eines jeden Geschäftsjahres hat der Vorstand für das vergangene Geschäftsjahr den Jahresabschluss, den Lagebericht sowie den Corporate-Governance-Bericht, nach Prüfung durch den Abschlussprüfer sowie den Vorschlag für die Gewinnverteilung dem Aufsichtsrat vorzulegen. Der Jahresabschluss, der Lagebericht sowie der Corporate-Governance-Bericht sind von sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen. -----
- 3) Die Hauptversammlung beschließt alljährlich in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres über die Verwendung des Geschäftsergebnisses, die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates, die Wahl des Abschlussprüfers und in den im Gesetz vorgesehenen Fällen über die Feststellung des Jahresabschlusses (ordentliche Hauptversammlung). -----

Deleted: Die Hauptversammlung wird durch den Vorstand oder den Aufsichtsrat einberufen. Die Einladung muss mindestens drei Wochen vor dem Tag der Versammlung unter Angabe der Tagesordnung bekanntgegeben werden. ¶

¶
2) Die Hauptversammlungen werden am Sitz der Gesellschaft oder einer ihrer inländischen Zweigniederlassungen oder in einer Landeshauptstadt abgehalten. ¶

¶
3) Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind, wenn Aktien oder Zwischenscheine ausgegeben sind, nur die Aktionäre berechtigt, die bei einem österreichischen öffentlichen Notar, bei der Hauptniederlassung einer in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft betriebenen inländischen Bank, bei den in der Einberufung zur Hauptversammlung bestimmten anderen in- und ausländischen Kreditunternehmen oder bei der Gesellschaft innerhalb der sich aus dem folgenden Absatz ergebenden Frist während der Geschäftsstunden ihre Aktien (Zwischenscheine) bis zur Beendigung der Hauptversammlung hinterlegen. ¶

¶
4) Die Hinterlegung hat so rechtzeitig zu erfolgen, dass zwischen dem Tag der Hinterlegung und dem Tag der Hauptversammlung mindestens drei ...

Deleted: Nicht als Werktag, sondern als Feiertag gelten im Sinne dieser Bestimmungen auch die Samstage, der Karfreitag und der 24. (vierundzwanzigste) Dezember. ¶

Deleted: ¶
5) Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn Aktien (Zwischenscheine) mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle gemäß Absatz 3) drei für sie bei anderen Kreditunternehmen bis zur Beendigung der Hauptversammlung im Sperrdepot gehalten werden. -----¶

¶
6) Die Hinterlegungsstellen haben die Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung spätestens einen Tag nach Ablauf der Hinterlegungsfri...

Deleted: und den Geschäftsbericht

XII.

Bilanzgewinn

- 1) Der Bilanzgewinn der Gesellschaft wird auf die Aktionäre verteilt, soweit die Hauptversammlung keine andere Verwendung beschließt. Die Hauptversammlung kann den Bilanzgewinn ganz oder teilweise von der Verteilung ausschließen. -----

Die Gewinnanteile pro Aktie werden im Verhältnis der auf die Aktie geleisteten Einlagen und im Verhältnis zur Gesamtzahl aller Aktien berechnet. -----

Die Gewinnanteile sind, falls die Hauptversammlung nichts anderes beschließt, dreißig Tage nach Abhaltung der Hauptversammlung zur Zahlung fällig.-----

- 2) Binnen drei Jahren nach Fälligkeit nicht behobene Gewinnanteile der Aktionäre verfallen zugunsten der freien Rücklage der Gesellschaft. -----